

Mr. Halle vierteljährlich bei postmässiger Anstellung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., anst. d. Buchhaltungsgebühren. Bestellungen werden von allen Reichs- postanstalten angenommen. Am antiken Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung“ eingetragen. Für americana eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Adressen nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg.“ gefasst.

Verleger: Dr. Robert Knorr, 1140; Dr. Augustin, 1178; Dr. Hermann Knorr, 1152.

# Saale-Zeitung.

Hundertvierzigster Jahrgang.

werden die separatene Kolonietabelle oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in weiteren Nummernstellen und allen Anzeigen-Exemplaren angenommen. Bestellen die Seite 75 Pfg. für Halle, auswärts 1 M.

Erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Verwaltung: Halle, Gr. Braubaustr. 17; Nebensitzung: Markt 24.

Nr. 366.

Halle a. S., Montag, den 7. August.

1911.

## Die Kundgebung des Köfener S. C.

Am verflochtenen Sonnabend hat in Halle eine Kundgebung deutscher Korpsstudenten für den Leiter unserer auswärtigen Politik Herrn von Ribbentrop stattgefunden, an der man nicht, ohne von ihr besonders Notiz zu nehmen, vorübergehen darf. Die politische Wundrichtung, in der man sonst in torstündlichen Kreisen setzt, ist nicht immer nach unserem Geschmack, um so wertvoller und willkommener ist deshalb die Gelegenheit, festzustellen, daß die Depesche des Köfener Kongresses diesmal die ungeteilte, stürmische Zustimmung weitgehender bürgerlicher Kreise finden wird. Das Telegramm, das der Köfener S. C. am vorgestrigen Tage von der Saale festem Strande unter dem Jubel aller an den Staatsfestakt von Ribbentrop gefandt hat, lautet:

„Die in Halle zu außerordentlicher Tagung versammelten deutschen Korpsstudenten gefanden sich, Euer Exzellenz zu der tafkräftigen Vertretung deutschnationaler Interessen ihre Begeisterung und ihr freudiges Vertrauen kundzugeben und geloben treue Gefolgschaft zur Wahrung und Wehrung vaterländischer Ehre und Größe.“

Kierundzwanzig Stunden bevor dieses Telegramm nach der Villa des Auswärtigen Amtes in der Königgräferstraße flog, war in einer freireiservativen Zeitung der Reichshauptstadt, jener landesgenössische Artikel erschienen, der den Kaiser und seine Ratgeber wegen ihres „Zurückweichens von Agadir“ in den Staub zog. Daß der Köfener S. C. deutscher Korpsstudenten, in dem Fürsten Bismarck auf der Bundesburg in sich öftere Denkmäler gefestigt, sich in dieser Zustimmungsbewegung neben den heute im Auswärtigen Amt wirkenden begabten Schüler des großen Lehrmeisters stellt und ihn mit blühendem Schläger deckt, ist das bedeutendste am dieser Kundgebung. Wir übertrugen die Zusammenkunft des Kongresses auf papierene Resolutionen aus Volkserwartungen gewiß nicht; wir tarzierten sie ebenso wie Fürstentouche bei Galabainers: als Stimmungen des Augenblicks oder Kennzeichen der jeweiligen Strömung. In dem vorliegenden Falle aber besitzt die Depesche des Köfener S. C. als bemerkenswertes Gegenstück zu dem Artikel der „Post“ eine höhere Bedeutung.

Die „Post“ hat übrigens unter glühender Mitwirkung eines kleineren Depeschensbüreaus auf die ihr von der „Norddeutschen Allg. Ztg.“ zuteil gewordene erscheinende Großheit sehr prompt reagiert. Sie schreibt:

„Wir beschäftigen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ gern, daß wir hier nicht als Organ der freireiservativen Partei geschrieben haben. Wir können aber der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ versichern — falls sie es nicht wissen sollte —, daß wir uns einzig willen mit der großen Mehrzahl aller nationalgeliebten Männer. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ dürfte sehr erlauft sein, wenn sie wüßte, welchen Leuten wir — gewiß an tiefer Erregung in einer der ersten Stunden unseres inneren und äußeren politischen Lebens — aus der Seele gesprochen haben. Beziehungsworte wir glauben gar nicht, daß die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ erlauft wäre, denn sie wird es selbst wissen. Wir ehren die Männer, die als Diener ihres Herrn sich mit ihrer Person deden, wir verehren ihr Verhalten und würden wahrscheinlich an ihrer Stelle auch nicht anders gehandelt haben. Wir wollen deshalb gegen die Schreier ihres Verhaltens nichts weiter sagen.“

Die „Post“ vertritt sich jetzt also hinter der großen Mehrzahl der nationalgeliebten Männer, womit anscheinend jener kleine aldeutsche Zirkel gemeint ist, der um jeden Preis Weimarotro deutsch machen will, selbst um den Preis kriegerischer Bewildungen. Dafür ist aber weder das deutsche Volk, noch der Kaiser, noch Herr von Ribbentrop zu haben. Die Hintermänner der „Post“ vergessen ganz, daß Marokko nach dem Brenneiservertrage von Algiciras für die politische Machtsphäre des Deutschen Reiches so gut wie verloren ist, daß man sich schon in den Gedanken, wenn auch mit bitteren Empfindungen, hingelebt, daß die deutsche Diplomatie — damals vertreten durch Herrn von Schoen — gleich dem Poeten bei der Verteilung der Welt zu spät gekommen war und nun das Nachsehen habe. Erst durch die Staatskunft des Herrn von Ribbentrop, der äußerlich ruhig zulaß, wie die Franzosen den ganzen Vertrag zerstückten, bis endlich das letzte Blatt sich zum Kampfsujet mit Spanien zu gestalten schien, der in diesem nie wiederkehrenden Moment zum erstenmal wirklich zugriff, (da ihm mit der Algicirasakte nicht mehr gedraht werden konnte) — erst von diesem Augenblick ab war für das Deutsche Reich ein Stück Marokko wieder frei geworden. Das Bild in dem heutigen „Simplissimus“ ist deshalb nicht schlecht gewählt: Es stellt einen Franzosen und einen Spanier dar, die sich wegen eines Marokko- stückens prügeln. Ein preussischer Unteroffizier sitzt dabei und läßt sich inzwischen seelenvergnügt ein Stück von dem Schinken, um den die beiden haufen, ab mit den Worten: „Kur nicht gefallenen lassen, Kinder!“

Für dieses freireiservative Stück Schinken ist man in Deutschland bereit, ein Stück des französischen Königreichs zu nehmen, weil uns der Engländer den Marokko stückchen nun einmal nicht gönnt. Hätte die deutsche Diplomatie in jenen Jahren nicht geschlafen, als Großbritannien mit

Frankreich wegen Agadir sich einigte, dann könnte heute Weimarotro ohne Gefährdung des europäischen Friedens deutsch werden.

So aber haben die Leiter unserer Auswärtigen Politik die böse Erbschaft, die ihnen hinterlassen worden ist, als kitzelnde Ketten mit herumzuschleppen, die ihnen von Tag zu Tag drückender werden. Das deutsche Volk kann nichts Besseres tun, als Vertrauen zu setzen zu jenem Manne, in dessen Händen heute die diplomatischen Geschäfte unserer Nation liegen. Jede Aufregung ist unnütz.

W. G.

Paris, 7. Aug. „Matin“ meldet aus London: Keinerlei neue Erfindungen sind aus Berlin hier eingetroffen, welche die Entscheidung über das wahrscheinliche Abkommen bezüglich Marokkos abändern könnten. Man beschäftigt sich in eingemeiserten Kreisen mit der Guicheitung, welches das Abkommen seitens der übrigen Signatarmächte der Algicirasakte erhalten müßte. Dem seit Beginn der neuen Tage — veranlaßt durch den Zwischenfall von Agadir — haben die Mächte von Algiciras die Grundlagen der englischen Marokkopolitik gebildet und werden es auch bleiben, so lange dieses Abkommen ohne Genehmigung sämtlicher Signatarmächte nicht abgeschlossen wird. Man bezweifelt nicht, daß das Abkommen zwischen Deutschland und Frankreich zum Abschluß gelangen wird und daß es die Interessen keiner der Signatarmächte schädigen und infolgedessen von diesen sämtlich mit unterzeichnet werden wird.

Paris, 7. Aug. „Matin“ erklärt, auf Grund von Erkundigungen in der Lage zu sein, folgendes mitzuteilen:

Trotz des Meinungsunterschiedes, welcher noch besteht, ist keinerlei Grund für eine Verweigerung vorhanden bezüglich eines glücklichen Ausgangs der stattfindenden Verhandlungen wegen der Marokkofrage. Angesichts dieser Tatsache sowie angeichts der großen Wichtigkeit, welches der Gegenstand zwischen beiden Ländern bedeutet, gilt es als sicher, daß bezüglich der Verhandlungen der schwebenden Fragen des Abkommens Deutschland es sich zu einer Ehre machen wird, es zu ermöglichen, daß die Unterhandlungen möglichst schnell zu einem Abschluß führen werden.

## „Groß-Schwarzburg.“

Schon bei Lebzeiten des letzten Fürsten von Schwarzburg-Sondershausen, des kinderlosen, in seinem Lande sehr beliebten Fürsten Karl Günther, wurde zwischen den Fürstentümern Schwarzburg-Sondershausen und Schwarzburg-Rudolstadt ein Vertrag geschlossen, kraft dessen nach Karl Günthers Tode die Thronfolge in Sondershausen auf den Fürsten von Schwarzburg-Rudolstadt übergehen sollte. Als dann Fürst Karl Günther starb, trat auf tatsächlich der derzeitige Fürst von Schwarzburg-Rudolstadt die Regierung im Sondershäuser Landes an. Der Staatsminister Petersen, der die Geschäfte dieses Fürstentums bisher mit fester und erfolgreicher Hand geleitet hatte, nahm bald seinen Abschied, und die Verwaltung seines Amtes ging auf den Rudolstädter Staatsminister von Rede über. In seiner Hand vereinigen sich somit die Regierungsgeschäfte beider Staaten. Diese Zusammenlegung wurde außerhalb der schwarzburgischen Landesgrenzen mit größerer Befriedigung begrüßt, als innerhalb; denn viele befürchteten, daß nun eine gewisse Verklammerung der besonderen Interessen der Sondershäuser Gebietsteile eintreten würde. Diese misstrauigen Stimmen wurden so laut, daß die Regierung in einer besonderen Erklärung versicherte, sie denke nicht daran, die Selbständigkeit Schwarzburg-Sondershausens in irgendeiner Form zu beeinträchtigen.

Tatsächlich hat ja auch die Einzelentwicklung der thüringischen Fürstentümer manche sehr schöne Blüte gezeitigt. Insbesondere würden die Erziehungsanstalten wohl kaum einen so hohen Grad der Entwicklung erreicht haben, wenn nicht die kleinen Staaten stets geradezu eine Ehre darin gefucht hätten, in unablässigem Wettstreit das Beste zu leisten. So hatte z. B. der von Preußen wiederholt vergeblich umwordene Geh. Reg.- und Schulrat Kroschke das Gymnasium in Arnstadt zu einer wahren Mutteranstalt erhoben, die ihren Schülern eine seltene Bildung vermittelte.

Wer aber einmal jahrelang in einem solchen Kleinstaate gelebt hat, der kommt doch zu der Ueberzeugung, daß es nur im Interesse der Bevölkerung beider Länder liegen kann, wenn nach und nach insofern weitestens eine Vermählung eintritt, als die staatliche Verwaltung in Eins zusammenfließt. Allerdings wird man die geschichtlich gewordenen Lebensverhältnisse der einzelnen Landesteile ungewollt lassen, aber man wird doch bedenken müssen, daß heutzutage eben alle Bevölkerungsgruppen vom Weltverkehr in irgend einer Weise berührt werden. Und da werden die bisweilen recht engen Schranken der kleinstaatlichen Verwaltungsformen und Verhältnisse oft sehr peinlich empfunden. Deshalb sagt auch die „M.“ mit Recht, daß man von diesem Gesichtspunkte aus eine administrative Vereinigung der Fürstentümer Schwarzburg-Sondershausen und Schwarzburg-Rudolstadt entschieden begrüßen muß.

Der Mangel an Gelegenheit, den jenseits z. B. in Betracht kommenden Beamtenposten mit der hierfür geeignetsten Persönlichkeit zu besetzen, noch mehr aber die geringe Ausmaß an solchen Persönlichkeiten haben zwar in den schwarzburgischen Staaten bisher nicht jene merkwürdige Erstarrung der gesamten Verwaltung herbeigeführt, die so oft ein Charakteristikum der kleineren Staatswesen bildet und den Bürgern die Bedeutung der Regierung und ihrer ausübenden Kräfte mehr als immer nötig zum Bewußtsein bringt. Aber es ist doch selbstverständlich, daß in einem größeren Verwaltungsgebiete auch die Verwaltung selbst großzügiger sein wird; denn einmal wird die Summe der administrativen Erfindungen weit größer sein, und unter der größeren Beamtenzahl wird sich viel leichter der rechte Mann für den rechten Platz finden lassen; zum anderen werden aus dem vergrößerten Beamtenkörper aber auch viel mehr Anregungen zu Verbesserungen ergeben, als aus einer kleinen Elite, die sich leicht gegen die ob ihrer Ungewöhnlichkeit unüblichen Neuerungen „schließen“ kann, selbst wenn sie noch so sehr im öffentlichen Interesse liegen.

Einen weiteren großen Vorzug der administrativen Vermählung würde die Vereinfachung der allgemeinen Verwaltungsstellen bilden. Da die Einrichtungen der schwarzburgischen Staaten natürlich auch ihre Grenzen haben, so spricht dieser Grund wohl in erster Linie für eine Vereinfachung der Administration.

Erbliche Schwierigkeiten stehen freilich der Vermählung entgegen. Sie liegen auf dem Gebiete des Staatsrechtes. Bekanntermaßen hat jeder kleinere Bundesstaat, so auch die schwarzburgischen Fürstentümer, je eine Stimme im Bundesrat. Sobald nun die beiden Vermählungen wären, würde „Groß-Schwarzburg“ durch zwei Stimmen im Bundesrat vertreten sein. Es würde also die doppelte Kraft haben, wie andere Staaten, deren Ausdehnung und Bevölkerung weit größer ist. Damit dürften diese aber keinesfalls zufrieden sein, und es wird jedenfalls noch mancher Ueberlegung bedürfen, bis eine alle Beteiligten befriedigende Lösung gefunden ist.

Interessant ist die Frage jedenfalls um so mehr, als sich auch die beiden reuigen Fürstentümer in einer ähnlichen Lage befinden und die natürliche Entwidlung einer administrativen Vermählung auch dort zuneigt.

Dr. B.

## Bund für Reform des Religionsunterrichts.

(Von unserm Korrespondenten.)

(Nachdr. verb.) & Jena, 6. Aug. 1911.

Zu einer bedeutsamen Kundgebung auf religions-erzieherischem Gebiete sind hier eine große Reihe von führenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens Deutschlands zusammengetreten, um aus dem Mader und Streit der Parteien heraus die Frage einer Reform des Religionsunterrichts zu erörtern. Einberufen wurde die erste Versammlung, die im Volkshause stattfand und überaus zahlreich besucht war, von einem Komitee, dem u. a. Professor Baumgarten (Kiel), Lehrer Bensch (Münster), Professor Peters (Münster), Professor Rehn (Jena), Oberlehrer Spanuth (Sammlen), Barrer vic. Traub (Dortmund) und Professor Meinel (Jena) angehören. Nach einer Begrüßungsansprache des präsidenten Vorsitzenden Oberlehrers Spanuth (Sammlen) hielt Professor Meinel (Jena) das erste Referat über das Thema: „Der Religionsunterricht in seinem Verhältnis zu Kultur, Wissenschaft und Religion.“ Der Referent bezeichnete es als Ansicht weiter Kreise, daß zwischen Religionsunterricht und Wissenschaft heute ein unüberbrückbarer Kräfte Gegensatz bestehe. In der Tat sei eine Spannung vorhanden, die ihren Grund vor allem darin habe, daß das Christentum auf Grund der Bibel mit einem antiken Weltensbilde zusammen lebt. Dieser antike Einschlag ist seit Copernikus im Schwanden begriffen, er muß also als zeitliches Verhältnis bezeichnet werden. Durch Hineintragen der Wissenschaft in den Religionsunterricht, natürlich unter Wahrung der Eigenart des kindlichen Gedantenlebens, vermindert sich die Spannung zwischen Religionsunterricht und Wissenschaft. Freilich kann nur die Naturwissenschaft mit völlig geklärten Resultaten rechnen. Anders ist es bei aller Wissenschaft des Geistes, daher darf die Religionswissenschaft das Ergebnis ihres Fortschritts nicht ohne weiteres in den Unterricht hineintragen wollen. Nur die Methode der Wissenschaft, das Suchen nach dem Vollkommenen, soll auch im Unterricht zu ihrem Rechte kommen. Das Kind hält sich freilich gern an Autoritäten, doch an deren Stelle die Autorität der Wahrheit und Wahrhaftigkeit treten muß. Nicht unumwandelbare Formen und Formeln sollen den Unterricht beherrschen, sondern ein Geist, der nach der Wahrheit strebt. Manche Schüler glauben, Kultur auch ohne Religionsunterricht begründen zu können. Wir hingegen sind der Ueberzeugung, daß unser Kulturleben der religiösen Unterweisung in der Schule dringend bedarf. Unsere technisch-wirtschaftliche Kultur würde wohl am leichtesten ohne Religionsunterricht auskommen. Aber es ist auch durch Tatsachen erhärtet, daß eine rege wirtschaftliche Tätigkeit im Leben der Völker nur da an den Tag tritt, wo die Seele zu einem klaren Verhältnisse zu der überirdischen Ordnung der Dinge gelangt. Deutlich in die Augen fallend ist der Zusammenhang zwischen Religionsunterricht und sozialer Kultur. Für die große Masse unseres Volkes gibt es hauptsächlich zwei Wege, auf denen sie zum Verständnis des sozialen Zusammenhanges

der Dinge kommen kann; die Volksschule mit dem Religionsunterricht und die Sozialdemokratie. Und gerade im Religionsunterricht bietet sich viel Gelegenheit, soziale Regungen zu wecken und zu pflegen. Daher nimmt im Religionsunterricht die Kunst nicht die Stelle ein, die ihr gebührt, er ist unzulänglich gemacht. Die Kunst soll uns eine Ahnung der überirdischen Welt vermitteln, sie soll eine Sprache frommer Seelen sein. Wie gewisse Religion und Sittlichkeit, besteht auch gewisse Religion und Ethik ein inniger Zusammenhang. Ethische Kultur ohne den Glauben an das höchste Wesen ist nicht möglich, führt zu subjektivem Egoismus. Das reine christliche Ideal kann den strengsten Ansprüchen des sittlichen Empfindens standhalten. Das Verhältnis zwischen Religionsunterricht und Religion ist der schwierigste Punkt. Man darf sagen, daß die Religion im Volk im Westen begriffen ist, aber noch ist sie nicht zum Gemeinbewußtsein geworden, trotz intensiven Religionsunterrichts. Jeder Mensch ist von Natur religionsfähig, und allen Menschen gemeinsam ist das Suchen nach Gott.

Nun soll Religion, dieses innere Erleben, in der Schule gelehrt und erfragt werden. Wenn die Schullehrer vorüber ist, die Kinder vielfach überhaupt nicht mehr fähig, religiös zu erleben. Hier muß Wandel geschaffen werden. Zunächst muß der äußere Betrieb des Religionsunterrichts auf ein Mindestmaß beschränkt werden, wobei aber der Habitus, welcher alles Memorieren für möglich hält, zu erwerben ist. Weiter darf der Lehrer nicht aus jeder Unterrichtsstunde ein Wunder machen wollen, oder mit Gewissensfragen die Kinder quälen. Die Persönlichkeit des Lehrers ist einer entscheidenden Einwirkung, aber der Lehrer soll nicht Prediger sein wollen, sondern große Dinge groß darstellen.

### Der zweite Referent

Prof. Dr. Rein (Sonn) befaßt sich mit der Forderung der Pädagogik und Psychologie an den Religionsunterricht. Der Referent hält Vorträge, welche auf Umgestaltung dieses Unterrichts hinführen, für die wichtigste Reformarbeit im Interesse der Jugend und des gesamten Volkes. Der heutige Religionsunterricht ist geradezu erfolglos. Welche Volksschule wendet sich von der Kirche ab, ja bringen ihr Haß entgegen. Es ist eine weit verbreitete Ansicht, daß die Schule daran mit schuldig ist. Sie hat den Religionsunterricht zu sehr verächtlich, die Quantität des religiösen Wissens ist gering, und es ist dadurch dem Intellektualismus und dem Verbalismus verfallen. Sorgfältige Männer, vor allem Pestalozzi, haben diese Gefahr frühzeitig erkannt. Nur in zwei deutschen Staaten hat der Religionsunterricht freie Bahn, in Meiningen und Gotha. Der Referent kann schließlich zu folgenden Forderungen:

1. Der Lehrer darf unter keinem dogmatischen Zwang stehen.
  2. Die Schule vom Katholizismusunterricht befreit werden;
  3. der Religionsunterricht soll historisch gehalten werden, also ein biblischer und kirchengeschichtlicher sein, mit religionsgeschichtlichen Ausblicken auf der höheren Stufe;
  4. der Religionsunterricht soll eine Fülle von mit religiösen Inhalten, sowohl mit der religiösen Poesie, wie mit den Werken der darstellenden Kunst und der Musik;
  5. der Religionsunterricht schließe sich eng an die natürliche Entwicklung der Kindesseele an, sei also psychologisch orientiert, wie die anderen Unterrichtsfächer auch und mache Ernst damit.
- Aus diesen Forderungen ergibt sich die Verwertung religiöser Leistungen und Leistungen des religiösen Wissens läßt sich prüfen, unter Religionsunterricht soll aber nicht solches Wissen erlangen, sondern Ehrfurcht vor dem, was über, neben und unter uns ist. (Lebhafter Beifall.)

## 58. Deutscher Katholikentag.

S. u. H. Mainz, 6. Aug. 1911.

In der Bischofsstadt Mainz, die sich zu Ehren der Tagung in ein herrliches Festgemälde darzustellen hat, begannen am heutigen Sonntag die Verhandlungen der 58. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands. Tausende in deutschen, hebräischen, päpstlichen und den Stadtfarben wehen auf den Säulen, und Flaggenmasten ziehen sich die Straßen entlang. Girlanden schmücken die Häuser, und Blumen, Teppiche und Pflanzendekorationen verzierten den Schmuck der Stadt, in die unmittelbar nach Beendigung der Generalversammlung am Freitag früh der Kaiser zur Abnahme der Parade am den Großen Saal einziehen wird. Hunderttausende durchzogen heute die Feststadt, und selbst das seltsamgebaute Mainz hat einen vorzüglichen Menschenandrang noch nicht erlebt. Von bekannter Persönlichkeit sind zur Teilnahme am Katholikentag erschienen: die Bischöfe Mainz, Bamberg, Speyer, Würzburg, die Fürstlichen Metternich und Saxe-Coburg, Herzog von Arenberg, die Fürsten Knippling, Bismarck, Salm-Salm, Prinz Friedrich zu Solms-Braunfels, Fürst von Leyen, die Grafen Galen, Stolberg-Stolberg, Oppersdorf, Droste-Wißingung, Pralms, Schönbürg-Glaudaun, Arco-Zinneberg, Kallert, Bolmann, Clairon D'Sauzonville, Neuhagen-Rotenwies, Selmsdorf, Hensel von Donnersmarck, Waldburg-Teil, Plettenberg, die Freiherren Krantenstein, Gager, von Ketteler, von Sornstein, von Hertling, von Loe, von Schorlemer. Die geschäftlichen Verhandlungen nahmen heute vormittag mit einer nicht-öffentlichen Hauptversammlung des Augustinusevangeliums zur Pflege der katholischen Presse ihren Anfang.

Die Verammlung befaßte sich u. a. auch mit der Marschallpolitik der Reichsregierung. Die Besprechung darüber endete mit der einstimmigen Annahme eines Vertrauensvotums für die Maßnahmen des auswärtigen Amtes. Allgemein wurde der Erwartung Ausdruck gegeben, daß der Ackerbauwärtigen Politik ein voller Erfolg beschieden sein möchte.

Im „Solländischen Hof“ fand zu gleicher Zeit eine nicht-öffentliche Verammlung des geschäftsführenden Ausschusses für die deutschen Katholikentage unter Vorsitz des händigen Kommissars für die deutschen Katholikentage Grafen Droste zu Vischering statt. In der Verammlung wurde unter allgemeinem Beifall der Reichstagsabgeordneter Graf Galen zum Vorsitzenden des Ausschusses gewählt. Die Redner sind die Reichstagsabgeordneten von Hertling, der Reichstagsabgeordnete Grafen Droste, Bischof Dr. Faulhaber (Speyer) über Ackerbau und Hof, Julius Dr. Trimborn (Köln) über Sozialpolitik, Dr. Schmittmann (Düsseldorf) über „Caritas“, Generaldirektor Donders (Münster) über „Bonifatiusvereine“, Oberlandesgerichtsrat Marx (Düsseldorf) über „Schulfragen“, Prälat Dr. Giffner (Chur i. d. Schweiz) über „Kirchlichkeit und Wissenschaft“, Provinzialrat Pöhlmann (Schönwald) über „Heldentum“, Abt Albanus Sogahner (Emmas bei Prag) über „Christliche Kunst“ und Fürst Alois zu Löwenstein über „Die Papstfrage“. Für den Kommerz der nichtfarbentragenden Verbin-

dungen hat der Abgeordnete Spahn (Straßburg) die Prinzipien der Abgeordnete Dr. Weiser die Rede auf die Autoritäten übernommen. Am 2. Uhr nachmittags durchzog der Festzug in glänzender Sonnenhitze die Straßen der Stadt.

Die Verammlung in der Festhalle eröffnete Kommerzrat Mollath. Er führte dann aus, daß nicht nur der katholische Bevölkerungsteil die katholischen Arbeiter in Mainz unterstützen helfe, sondern auch die Evangelischen und die Juden hätten miteinander gewetteitert, die Güte des Katholikentages herzlich zu empfangen. (Beifall.) Das Geheimnis des engen Zusammenhanges der deutschen Katholiken liegt in den fortwährenden Stürmen, denen sie ausgesetzt waren, Stürme, die gerade in diesen Tagen besonders hart geworden seien. Druck erzeuge Gegenruck, und so erklärte sich die maßvolle Organisation der deutschen Katholiken, zu deren weiteren Ausbau die gegenwärtige Tagung bestimmt sei. Sie diene aber auch dem Andenken des großen legalen Mainzer Bischofs, in dem die katholische Arbeiterbewegung den Mann verehere, dessen Herz nicht nur für ihre geistigen, sondern auch für ihre materiellen Interessen geschlagen habe. (Beifall.)

Als letzter Redner sprach Pfarzer Dr. Sieben (Delbheim), indem er ausführte: Nicht zum Kampf gegen die von uns getrennten christlichen Mitbrüder sind wir zusammengekommen. Das gegenseitige Verstehen und Berührungspunkte sind zu suchen. Wir treten in unseren protestantischen Mitbrüdern gern die Hände entgegen zum gemeinsamen Wohlwollen des ganzen deutschen Volkes. Wir können die Klüft nicht ausfüllen, die uns trennt, aber tausend Brücken hinüber schlagen, damit gegenseitige Duldung, gegenseitiges Verstehen und gegenseitige Erkenntnis Platz greife. Wir Katholiken müssen überall in Fabrik, Bureau und Kontor die besten und lebensfrohesten Arbeiter sein. Wir wollen nicht alles dem lieben Gott und dem königlichen Bezirksamt überlassen, sondern auch in wirtschaftlichen Dingen voranschreiten. Wir katholischen Männer haben kein Ohr für die lockenden Streifen jener Wunderdoktoren, die Glauben und Ehre aus unleserlichen Sprüchen reißten und unsre Pflichten mit dem Gedanken an den Zukunftstag umschmeißeln. Wir kennen die verächtlichen Kattengärten. Es wollen auf unserem haberkatolischen Planeten ein Paradies errichten. Aber wir kennen die Weisheit und kennen den Text, und die ich falsch. Es sind falsche Propheten, die so sprechen. Wir sehen an fremden Ländern, wo hin diese gekommen sind. Besonders bei der schönen Marianne, die schon fast 40 Jahre Republik ist, ist man um nichts besser und klüger geworden. Man spricht aus heilerer Seele: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit! aber welche Verhältnisse herrschen drüben. Wie geht man gegen die Kirchenfürsten, gegen Bischöfe und Priester vor. Und die deutschen großen Wälder haben kein Wort des Tadels und der Würde. Sie jaulen der Kunde entgegen, wo sich auch in Deutschland ein solches Schimpfspiel abspielen wird. Auch hier uns herrscht der Geist der Verleumdung, der Ansturm gegen die Kirche ist groß. Aber da gibt es einen Widerstand bei den mutvollsten katholischen Männern. Scharen Sie sich um uns, die wir befehrt sind, unsere Mutter, die Kirche, zu schützen. Mag dann das Vaterland rufen zum Kampf gegen den äußeren Feind, aber die Kirche zur Verteidigung ihrer höchsten Lebensideale, wir werden zur Stelle sein. (Lebhafter Beifall.) Und wenn die Schlagdromete dröhnt, wird tausendfach der Ruf erschallen: Welt Gott für König, Kirche und Vaterland. (Lebhafter Beifall.)

Darauf schloß Kommerzrat Mollath die Verammlung mit einem Hoch auf den Papst.

## Deutsches Reich.

### Der Erlass über die Anstellung der Krankenkassenbeamten.

Im „Reichsanzeiger“ wird jetzt ein Erlass des Reichstanzlers über das Verfahren bei Anstellung, Kündigung und Entlassung von Angestellten und Beamten der Krankenkassen, sowie bei Streitigkeiten aus deren Dienstverhältnissen veröffentlicht. Diese Bestimmungen gelten für die Zeit, in der die Krankenkassenämter und Oberversicherungsämter noch nicht errichtet sind.

Danach sind diejenigen Schiedsgerichte für Arbeiterverehrung zuständige, in deren Bezirke die beteiligten Krankenkassen ihren Sitz haben. Reicht der Bezirk der Krankenkasse nicht über das Gebiet des Bundesstaates hinaus, so entscheidet das höchste Instanz des Landesversicherungsamtes, sonst das Reichsversicherungsamt. Ist die Entscheidung von einem Spruchverstehten Senat, bei dem Landesversicherungsämtern die vorhandenen Senate. Für die Bestätigung der Beschäftigung des Krankenkassenbeamten sowie für die Bestellung der für die Geschäftsführung der Krankenkasse erforderlichen Personen sind die Beamten des Reichsversicherungsamtes (Landesversicherungsamtes) zuständig. Über Streitigkeiten aus dem Dienstverhältnis der Angestellten entscheidet das Schiedsgericht für Arbeiterverehrung, auf Beschwerde der Senate des Reichs bzw. Landesversicherungsamtes. Die Beschwerdefrist beträgt einen Monat nach Zustellung der angefochtenen Entscheidung.

Für die Verfahren bei Entlassung eines Angestellten wegen Vergehens gegen die Dienstordnung gelten folgende Bestimmungen: Dem bet. Angestellten ist eine Anklagebestimmung zuzustellen, er muß gehört werden und kann sich an das Schiedsgericht für Arbeiterverehrung u. das nach freier, aus den Verhandlungen und Bemerkungen geschöpfter Ueberzeugung entscheidet. Gegen diese Entscheidung ist dann nach dem Verfahren des Reichs bzw. Landesversicherungsamtes zulässig.

### Auslandsbewegung in der Metallindustrie.

Der vom Verband der Metallindustriellen im Bezirk Leipzig gefasste Beschluß, 60 Proz. aller in ihren Bezirken beschäftigten Arbeiter auszusperren, wenn die in den Metallwarenfabriken Leipzigs streikenden Metallarbeiter sich Connabend, den 5. August, die Arbeit nicht aufnehmen, ist nunmehr am Connabend nachmittag zur Durchführung gekommen.

## Ausland.

### Rettung eines gefährdeten Tauchbootes.

Aus Paris wird gemeldet: Das Tauchboot „Aubis“, das außerhalb des Kriegsspielens von Cherbourg übte, begann plötzlich zu sinken.

Wahrheitlich war aus Möglichkeit eine Rufe am Bodenstücken offen gelassen oder geöffnet worden. Der Kapitän hielt sich auf dem Oberdeck auf. Er besah dem Leutnant Carbonnier, der auf dem Deck zu gehen und die Flottmachung zu verlassen. Der tapere Retter fand den Schiffszimmer bereits ganz mit Wasser gefüllt und die Mannschaft bis auf einen tauchfähig gebliebenen dreizehntägigen Hochbootmann in widerwartiger. Seine Ruhe und Energie brachte sie zur Besinnung. Er ließ die Rettungsboote nach Kiel lösen, die Schoten schließen, die Decken aufklappen, die glücklicherweise noch nicht erlöste Turbine des Hochbootes in Bewegung setzen, um das Wasser auszusaugen. Nach wenigen fuhrerlichen Minuten, während welcher die „Aubis“ bei 17 Meter Tiefe im Neutrassengrube gelegen hatte, begann der Hochbooter sich aufzurheben, sagte hoch sich das Schiff der ersten wieder über dem Seespiegel. Das Tauchboot und seine Besatzung waren gerettet.

Aus dem Hafen eilten mit größter Hast Schlepper herbei, die „Aubis“ konnte jedoch mit eigenen Mitteln einen Unterplatz gewinnen. Leutnant Carbonnier wurde für die Ehrenlegion vorgeschlagen.

### Die Revolution auf Haiti.

„Newport Herald“ meldet aus Port-au-Prince: Die erste Division der Armee des Generals Leconte ist in die Stadt eingezogen. Sämtliche strategisch wichtigen Punkte sind von Truppen besetzt worden, nachdem die Anhänger des Präsidenten Firmin, die übrigens keinerlei Widerstand leisteten, vertrieben worden waren. Der Gesandte der Vereinigten Staaten benachrichtigte den General Leconte, daß wenn Unruhen ausbrächen, eine Landung amerikanischer Truppen erfolgen würde. Außerdem getarntete er den Truppen den Einzug in die Stadt nur unter der Bedingung, daß keine geübten der Fremde getragen würden. Die Truppen haben sich demgemäß ohne geliebte Schusswaffen in die Stadt und besetzten den Palast des Erzbischofs und proklamierten den General Leconte als einstweiligen Präsidenten der Republik.

Wie dem „Newport Herald“ aus Port-au-Prince gemeldet wird, herrscht dort unter der amerikanischen Kolonie große Unzufriedenheit mit den Maßregeln, die die Vereinigten Staaten zum Schutze ihrer Staatsangehörigen in Haiti getroffen haben. Anhänger der Partei des bisherigen Präsidenten Simon haben häufige Angriffe auf Amerikaner und die von diesen geleiteten Geschäfte unternommen. Dagegen ist man in amerikanischen Handelskreisen sehr erfreut über die Landung deutscher Truppen und hat sein Einverständnis mit dem Vorgehen des Kommandanten des Kreuzers „Brem“ dadurch ausgedrückt, daß eine Abordnung an Bord dieses Schiffes entandt wurde, um dem Kommandanten den Dank der amerikanischen Geschäftleute auszusprechen. Der „Newport Herald“ meldet weiter, daß einige in Port-au-Prince anwesende Amerikaner an den deutschen Kaiser eine Depesche gerichtet haben, worin sie dem Kommandanten der „Brem“ ihre Anerkennung ausprechen und für den durch die Landung der deutschen Matrosen den Handelskreisen geleisteten Schutz dank sagen.

Eine weitere Meldung befaßt: In der Stadt Port-au-Prince herrscht völlige Anarchie. Alle Geschäfte haben geschlossen, weil sie fast täglich von plündernden Soldaten heimgeführt werden. Unter den Revolutionären selbst bestehen die schärfsten Gegensätze.

### Maritime Schießübungen.

Aus London wird gemeldet: England setzt seine militärischen Operationen fort. Es fanden in Dover die Tage Schießübungen mit den auf den Forts aufgestellten großen Geschützen statt. Diese Übungen verursachten infolge der Erschütterung mannschaftlichen Schaden. Ein heftiger Bombensturm wurde nicht unerheblich beschädigt, da er sich unterhalb der Schiffsrinne der Geschütze befand. Die Schießversuche selbst nehmen einen günstigen Verlauf. Die Ziele waren 5 Meilen von den Forts entfernt. Trotzdem die Ziele hitenden Schiffe sehr schnell vorüberführten, wurde fast mit jedem Schuß getroffen.

### Meuterei auf einem Kriegsschiff.

Nach einer Meldung des „Diario Universal“ hat sich auf dem vor Tagen angelegten spanischen Kreuzer „Numancia“ ein Akt von Gehorsamsverweigerung abgespielt. Ein Heizer und einige Matrosen hätten den Offizieren gegenüber ihren Willen durchsetzen wollen. Die Bewegung ist jedoch von der übrigen Mannschaft und den Offizieren im Keime erstickt worden. Die „Numancia“ sei auf Befehl des Marine Ministers nach Cadix in See gegangen, wohin sich zur Untersuchung des Vorfalls auch der Marineminister begeben habe. Die Meuterei sei nicht auf politische Beweggründe, sondern lediglich auf dienliche Angelegenheiten zurückzuführen. Wie aus amtlicher Quelle hierzu gemeldet wird, ist die Meuterei durch die Entsende eines Offiziers unterdrückt worden, der die Anführer mit dem Kaiser in der Hand entwarf. Die an der Meuterei beteiligten zwölf Mann sind sofort verhaftet worden.

### Kleine Tagesnachrichten.

Kardinal Fürstbischof Gersbach. Wie ein Telegramm aus Wien meldet, ist Kardinal Fürstbischof Gersbach auf Schloß Kranitzberg bei Gloggnitz infolge einer Herzlähmung verstorben.

## Provinzial-Nachrichten.

### Schon wieder eine Zugentgleisung.

Schwagau, 7. Aug. Der Personenzug Nr. 954 der Richtung Eisenach-Niederbohm ist bei der Einfahrt in den Bahnhof Frieda entgleist. Die Maschine wühlte sich tief in den Erdboden ein. Der Fuß- und Postwagen wurden hoch auf Eisenanberger getrimmt. Das Personal des Zuges konnte sich durch Abspringen retten, auch Passagiere sind nicht zu Schaden gekommen, doch ist der Materialschaden beträchtlich. Die Ursache der Entgleisung ist Schienenbruch infolge der großen Hitze.

### Familientragodie.

Jella St. W., 6. Aug. Ein heftiger Schiffevermeiter hatte über seine 13 Jahre alte Tochter geirrt, weil sie ein Liebesverhältnis unterließ. Er wollte das Mädchen erschließen, dies gelang in der Lobsenstraße zum Fenster hinaus und in demselben Moment gab er einen Wüchsenstoß aus nächster Nähe ab.



